

Alternative Wohlstandsmessung

Neue Metriken für eine emanzipatorische Stadtpolitik

Klemens Himpele und Alina Pohl

„Das 19. Jahrhundert war das Zeitalter der Weltreiche, das 20. Jahrhundert das Zeitalter der Nationalstaaten, und das 21. Jahrhundert wird das Zeitalter der Städte sein.“

Wellington Webb, Ex-Bürgermeister von Denver (1991–2003) (Dettling 2019)

Das Handeln von Stadtpolitik muss sich am Wohl der Bevölkerung orientieren. Die Stadt stellt grundlegende Infrastruktur bereit, koordiniert Netzwerke für die Bedürfnisse der hier lebenden und arbeitenden Menschen und orientiert sich an sozialen und nachhaltigen Werten. Zentrales Ziel der Stadtpolitik sind die Bedürfnisse der Menschen und die Werte eines Guten Lebens, die auch normativ zu verhandeln sind. Hierbei spielen ökonomische Grundlagen eine zentrale Rolle.

Doch wodurch definiert sich das „Gute Leben“? Erhöht sich unser Wohlstand durch stetig wachsenden Konsum oder gibt es eine Sättigungsgrenze? Muss es immer mehr sein oder soll es uns besser gehen? Was heißt das überhaupt und geht noch viel besser als bisher?

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung kann statistisch erfasst, durch Daten abgebildet und mittels Indikatoren als Zielgröße für politisches Handeln herangezogen werden. Dabei spielen sowohl objektive Indikatoren (Lebenserwartung, Einkommen, Armutsquote etc.) als auch subjektive Indikatoren (Zufriedenheit mit der Arbeit oder dem Leben, Glück etc.) eine Rolle. Für eine relevante Wohlstandsmessung werden allerdings weitere, oft qualitative Aspekte, häufig vernachlässigt: soziale Inklusion, Verteilungsfragen oder ökologische Nachhaltigkeit seien genannt. Analysiert werden kann nur, was auch (statistisch) erhoben wird. Über diese Lücke muss die Diskussion geführt werden.

Die Stadt im Wandel

Städte stehen als kleine offene Volkswirtschaften im internationalen Wettbewerb. Eine Stadt wie Wien ist keine Insel, die ökonomische Entscheidungen unabhängig von anderen Akteuren treffen kann. Städte sind vielmehr Teil eines globalen Transformationsprozesses und müssen diesen gestaltend vorantreiben. Dabei ist einerseits die Einbindung der Bevölkerung elementar, auch um Widerstände zu verstehen und damit umzugehen und Transformationsprozesse entsprechend zu gestalten (vgl. dazu auch Polanyi 2017, Ptak 2018). Andererseits bedarf es einer klaren Vorstellung davon, welche Ziele erreicht werden sollen.

Wien hat hierzu in der erst kürzlich aktualisierten Smart City Rahmenstrategie 2019 ein Zieldreieck formuliert: „Hohe Lebensqualität für alle Wienerinnen und Wiener bei

größtmöglicher Ressourcenschonung durch umfassende soziale und technische Innovationen“ (vgl. Stadt Wien 2019a). Dieses Zieldreieck ist nicht widerspruchsfrei und damit auch Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Es gibt jedoch eine klare Zielrichtung vor und macht deutlich, dass Ressourcenschonung und Lebensqualität nicht gegeneinander auszuspielen sind und letztlich Entwicklungen auf dem Bereich der Technologie vorangetrieben werden müssen. Das heißt, der technologische Wandel ist so zu gestalten, dass die Lebensqualität maximiert und die zwingend notwendigen Ressourcenziele erreicht werden können. An diese Inhalte schließt auch die im November 2019 präsentierte Wirtschafts- und Innovationsstrategie der Stadt Wien „WIEN 2030 – Wirtschaft & Innovation“ an (vgl. Stadt Wien 2019b). Als zentralen Kern haben alle Strategien der Stadt die Maximierung von Wohlstand und Lebensqualität. Sie orientieren sich an den gesellschaftlichen Herausforderungen und finden lokale Antworten mit den spezifischen Stärken Wiens. Nicht von ungefähr lautet der Markenkern der Stadt: „Der Mensch in der Mitte“.

Der Grundstein für die heute – laut verschiedenen Rankings – lebenswerteste Stadt der Welt wurde maßgeblich durch die Stadtpolitik des Roten Wien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (1919–1934) gelegt. In dieser Zeit wurden zahlreiche Maßnahmen unter anderem in den Bereichen Wohnen, Bildung, Hygiene, Kindergärten oder soziale Services getätigt, von der die WienerInnen noch heute profitieren (vgl. Bauer/Trautinger 2019). Blickt man noch weiter in die Vergangenheit, findet man selbstverständliche Grundlagen für unsere heutige Lebensqualität in der Stadt. Im Jahr 1873 fand in Wien die fünfte Weltausstellung statt, im Zuge dessen der angrenzende Wurstel-Prater als Freizeit und Vergnügungsareal grundlegend um- und ausgebaut wurde. Als Maßnahme u. a. gegen die Cholera-Epidemie, der tausende WienerInnen zum Opfer fielen, wurde die erste Hochquellwasserleitung eröffnet und damit die Grundlage für unsere heutige Wasserversorgung mit bestem Trinkwasser gelegt. Ende des 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert wurden in Wien öffentliche Bäder ausgebaut, die Städte-sanierung vorangetrieben (vgl. Weigl 2000) und die Wiener Gemeindebauten erbaut, deren erste Hochphase aus dem Roten Wien stammt. Nicht nur baulich, sondern auch organisatorisch gab es enorme Veränderungen: Die Entstehung sozialdemokratischer Parteien und der Gewerkschaften im Zuge der Folgen der industriellen Revolution haben vor 150 Jahren enorme Zivilisationsprojekte geschaffen, mit der Qualität der Arbeit und der Einführung sozialer Sicherungssysteme als zentralem Thema. Arbeitszeitregelungen, Pausenregelungen, die Krankenversicherung, Schutz am Arbeitsplatz und vieles mehr waren zentrale Verbesserungen, die dadurch politisch durchgesetzt werden konnten. Auch die Verringerung der Arbeitszeit vom 11-Stunden- (1885) zum 8-Stunden-Tag bzw. 48-Stunden-Woche (1919) (vgl. Himpele 2018) stammt aus dieser Zeit – zweifelsohne ein enorm wichtiger Faktor für die Lebensqualität der Menschen.

All diese Veränderungen bedeuteten einerseits eine höhere Wirtschaftsleistung und gestiegenen Wohlstand für die Wiener Bevölkerung (viele Investitionen, mehr Arbeitsplätze, höheres verfügbares Einkommen, mehr Konsum), andererseits aber auch nachhaltige (kulturelle, bautechnische, hygienische) Fortschritte in der Stadt, von der nicht nur die damalige Bevölkerung profitierte, sondern auch – und vor allem – die ihr nachfolgenden Generationen, nämlich wir. Heute sehen wir viele dieser wichtigen gesellschaftlichen Errungenschaften durch globale Herausforderungen gefährdet, die nach neuen städtischen Lösungen bzw. Anpassungen in den Planungsgrundlagen einer Stadtpolitik

und der städtischen Wirtschaftspolitik verlangen. Der Wohlstand einer Gesellschaft sollte sich nicht ausschließlich an ökonomischen Messzahlen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Einkommen, sondern auch an nicht materiellen Werten orientieren. Wenn nun bestehende Daten und Erhebungen (oder deren Periodizität) nicht oder unzureichend für die Analyse zukünftiger Herausforderungen verwendbar sind, braucht es auch hier ein Umdenken. Vor diesen Anstrengungen und einem damit verbundenen Paradigmenwechsel, zum Erhalt unserer hohen Lebensqualität, stehen wir heute.

Wie organisiert man Wohlstand in einer Stadt?

Die Welt – so die Diagnose – befindet sich im Wandel: Gegenwärtige, vor allem urbane Gesellschaften, sind mit großen Herausforderungen konfrontiert. Der technologische Wandel verändert die Arbeitsbedingungen und auch die Anzahl und Art der künftigen Jobs (vgl. Recht/Himpele 2016), Migration und Urbanisierung stellen die Ballungsräume vor neue Herausforderungen und der demographische Wandel muss gesellschaftlich bewältigt werden. Verteilungsdebatten oder die Frage nach Gerechtigkeit sind Thema und stellen manche vermeintliche Gewissheit in Frage. Ob die Globalisierung tatsächlich nur eine Richtung kennt – nämlich mehr Integration auf den Weltmärkten – wird durch Handelskriege und den Brexit stark in Zweifel gezogen. Zudem stellt die Klimakrise unsere gewohnte Lebensweise in Frage und bedingt ein notwendiges Überdenken wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Prozesse.

Die zentralen Fragestellungen hinter den Überlegungen zu diesen Transformationsprozessen haben einen gleichen Kern: Was ist der Zweck des Wirtschaftens und wie definiert sich Wohlstand? Darauf muss auch und gerade Stadtpolitik Antworten finden, vor allem vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2050 rund zwei Drittel (ca. 60%) (vgl. UNFPA 2018) der Weltbevölkerung in Städten bzw. Ballungsgebieten leben werden; andere Berichte gehen sogar von 80% aus (vgl. Dettling 2019).

Während viele Entscheidungen auf nationaler Ebene getroffen werden (beispielsweise Arbeitsbedingungen), ist der Hebel der Stadt die objektive Lebensqualität der Menschen zu gewährleisten, um die subjektiv empfundene Lebensqualität zu erhöhen. Der Gestaltungsspielraum der Stadt liegt in der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Bereitstellung öffentlicher Güter (materielle und soziale Infrastrukturen): Verlässlicher und leistbarer öffentlicher Personennahverkehr, Grünflächen zur Erholung und Abkühlung der Stadt, Nahversorgung, Bildungseinrichtungen, Energie- und Abfallmanagement, Kultur und Freizeitangebot – diverse Güter der Daseinsvorsorge, die den ökonomischen, gesellschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen entsprechen. Genau diese durch öffentliche Abgaben finanzierten Güter sind politisch und weltanschaulich jedoch stark umkämpft, wie Debatten um maximal zumutbare Steuer- und Abgabenquoten zeigen.

Anders als auf der nationalen Ebene müssen Städte ihre Politik am kleinteiligeren Wohlergehen ausrichten. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist dabei essentiell, weil das Teilen von Gütern und Dienstleistungen (neudeutsch: Sharing) etwa bei Bädern, dem öffentlichen Verkehr, Bibliotheken oder öffentlichen Grünanlagen – kurz: öffentliche Infrastruktur – den Wohlstand insgesamt deutlich erhöht sowie diese Leistungen für breite Bevölkerungsschichten öffnet. Eine Strategie zur Maximierung des Bruttoregio-

nalproduktes (BRP = regionales BIP) ist das nur teilweise, denn die Bereitstellung ebensolcher Güter durch Private würde das BRP zwar stärker erhöhen, schließt jedoch negative gesellschaftliche Konsequenzen nicht aus (bspw. Umweltaspekte oder Zugang zu den Gütern). Zentraler Bestandteil sozialökologischer städtischer Infrastrukturen sind demnach Einrichtungen, die leistbar, ökologisch nachhaltig, kooperativ und sozial ausgleichend sind (vgl. Novy 2016).

Eine starke öffentliche Daseinsvorsorge, deren Aufbau in verschiedenen Städten Europas (etwa Bologna, Wien) vor mehr als einhundert Jahren begonnen wurde, ist also wesentlich für hohe Lebensqualität und auch die Voraussetzung eines ökologischen Wandels. Gemessen wird dies aber kaum, was auch die Begründung für entsprechende öffentliche Investitionen erschwert. Die Debatte über Städte und Regionen in Deutschland, die aufgrund fehlender Infrastrukturinvestitionen nicht mehr in der Lage sind, eine sehr gute Lebensqualität anzubieten, wird derzeit in den Wirtschaftswissenschaften geführt (vgl. Südekum 2019 und Bardt et al. 2019). Öffentliche Daseinsvorsorge wird durch Steuern und Abgaben finanziert, was ein Kern der ökonomischen Auseinandersetzung ist. Derzeit betrachten viele ÖkonomInnen Steuern vor allem als Belastung und fordern die Senkung derselben, wobei die Frage besteht, ob Transformation mit diesem Zugang gestaltbar ist und Wohlstand maximiert werden kann.

Wohlstand ist eben nicht nur (wenngleich natürlich in erheblichem Ausmaß auch) Einkommen, sondern vor allem der Zugang zu Gütern. „Nutzen statt besitzen“ ist keineswegs ein neuer Slogan der Sharing Economy, sondern die alte Idee des Genossenschaftswesens und der öffentlichen Güter. Wesentlich für den Wohlstand (in) einer Stadt sind somit das Vorhandensein von und der Zugang zu öffentlichen Leistungen:

- ein guter öffentlicher Nahverkehr ermöglicht Mobilität;
- gute Bibliotheken und öffentliche Kulturveranstaltungen ermöglichen Teilhabe;
- bezahlbarer Wohnraum mit guten Standards ermöglichen Wohnqualität;
- Klimawandelanpassungen, z.B. durch Beschattungen, ermöglichen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum;
- Bäder, Sportanlagen, Parks ermöglichen Freizeitaktivitäten für persönliches Wohlbefinden;
- entsprechend gestaltete Stadtquartiere ermöglichen Kommunikation;
- lokale Märkte ermöglichen kurze Wege; etc.

Aber auch andere Fragen sind neu zu verhandeln: Wohlstand besteht nicht nur aus materiellen Gütern, sondern auch aus Zeit. Die zunehmende Verdichtung der Arbeit raubt auch Zeitwohlstand. Es ist gut erforscht, dass ein relevanter Teil der Arbeitszeit aus Leerlaufprozessen besteht. Diese werden derzeit eher als „unproduktive Zeitverschwendung“ denn als „möglicher Zeitwohlstand“ betrachtet (vgl. Parkinson 2008, Rinderspacher 2000). So raten die AutorInnen des aktuellen Wohlstandsbericht 2019 der Arbeiterkammer Wien zu innovativen Formen der Arbeitszeitverkürzung (z.B. Anspruch auf eine 4-Tage-Woche, leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche, Anreize zum Abbau von Überstunden) um so den steigenden materiellen Wohlstand auch in Zeitwohlstand umzusetzen (vgl. Kranawetter et al. 2019). Dies nicht nur im Hinblick auf höhere individuelle Lebensqualität, sondern vor allem in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht, um das Arbeitsvolumen gerechter zu verteilen.

Neue Maßstäbe für Wohlstand und Lebensqualität

Geht man von steigendem Wirtschaftswachstum als notwendiges Maß für mehr Wohlstand aus, dann ist bei ökologischen Grenzen ein gleichzeitig sinkender Ressourcenverbrauch zwingend (gemeinhin auch als „Entkopplung“ betitelt). Die letztlich offene Frage ist, ob es einer stetig wachsenden Wirtschaft bedarf, um Wohlergehen zu erreichen und die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren, oder ob es vor allem über die Qualität des Wirtschaftens (wie Produktion und Konsum gestaltet werden) geht.

Die Wachstumsdebatte wird vor allem durch ökologische Limits definiert. Die Art und Weise des Wachstums (wie nachhaltig, distributiv und regenerativ) ist dabei ein wichtiges Thema. Will Steffen und Johan Rockström definierten bereits 2009 neun planetare Grenzen, innerhalb derer sich natürliche Prozesse selbst regeln und die Erde lebensfreundliche Bedingungen ermöglicht (vgl. Rockström/Steffen et al. 2009). Überschreitungen dieser Grenzen entziehen Mensch, Natur und Umwelt ihre natürlichen Lebensgrundlagen und gefährden die Stabilität des Ökosystems. Vier dieser neun Grenzen haben wir bereits überschritten, bei den verbleibenden fünf Grenzen zeigt bisher nur der Rückgang der Ozonschicht eine positive Entwicklung. KlimaforscherInnen sprechen auch bereits vom Übergang vom Holozän zum Anthropozän, einer neuen geochronologischen Epoche, in der menschliches Handeln die Prozesse auf der Erde bestimmt. (vgl. Raworth 2018: 363 f.)

Diese planetaren Grenzen setzen der Ökonomie klare Grenzen. Kate Raworth (2018) baut diese in ihr Modell der Donut-Ökonomie ein. Der innere Kreis des Donuts kennzeichnet das Fundament einer Gesellschaft bzw. die grundlegenden Bedürfnisse, die ökonomisch sichergestellt sein müssen, wie Nahrung, Wasser, Wohnen, Einkommen, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bildung. Der äußere Kreis ist die ökologische Decke, definiert durch die planetaren Grenzen, deren Überschreitung, z.B. durch zu hohen Ressourcenverbrauch, die Grundlagen unseres Lebens beschädigt. Im Bereich zwischen den beiden Limits können und sollen wir uns bewegen, um ein Gutes Leben im Ausgleich von sozialen und ökologischen Elementen sicherzustellen. Aufgabe vor allem auch der Ökonomie und ihrer Theorien ist es, jene Modelle, Steuerungsmechanismen und Politikmaßnahmen zu finden, die ein Gutes Leben ermöglichen, ohne diese Lebensgrundlagen nachhaltig zu schädigen. (vgl. Pohl 2019)

Neben der ökologischen Transformation ist auch die Debatte der technologischen Transformation nicht mehr wegzudenken. Ob wir wirklich in der vierten Industriellen Revolution leben, sei dahingestellt. Ebenso, ob es tatsächlich zu einem massiven Abbau der bisherigen Beschäftigungsverhältnisse kommen wird (vgl. Frey/Osborne 2013, Recht/Himpele 2016). Dass es aber einen erheblichen Wandel in der Arbeitswelt geben wird, scheint weitgehend unbestritten (vgl. für Wien Eichmann/Nocker 2015). Einerseits werden bestimmte Tätigkeiten durch technologische Neuerungen ersetzt werden, andererseits entstehen dadurch auch neue Tätigkeitsfelder, Produkte und Dienstleistungen. Ein Prozess, der für sich genommen nicht neu ist, aber vielen Studien zufolge derzeit besonders rasant verläuft. Schließlich besteht die Gefahr einer erheblichen Polarisierung am Arbeitsmarkt.

Der künftige Wohlstand wird sich also auch daran messen, inwieweit wir die Klimakrise einbremsen und den technologischen Fortschritt gestalten können, und welche Anpassungen dabei gerade auch in den Städten gelingen. Dabei wird sich zeigen, ob

wir es schaffen werden, die (analoge) Lebensqualität in die digitale Welt zu übertragen, also dafür sorgen, dass die technologischen Möglichkeiten den Menschen nutzen und wir einen „Digitalen Humanismus“ verwirklichen können (vgl. für Wien Strassnig et al. 2019). Und er wird sich daran messen, ob es gelingt, die Fragen der Verteilung von sinnstiftender Arbeit und einem Guten Leben für alle zu organisieren. Oder ob es eine Teilung der Gesellschaft in klare Gewinner und Verlierer gibt und ein neues Proletariat (etwa im Bereich der Zustellservices) entsteht – und wir die Fehler der ersten Industriellen Revolution wiederholen (vgl. Mader 2015).

Es ist kein Zufall, dass der Ökonom, Soziologe und Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi heute vermehrt wiederentdeckt wird, der die Notwendigkeit eines Transformationsprozesses von Wirtschaft und Gesellschaft bereits vor über 70 Jahren beleuchtet hat (vgl. Polanyi 2017). Und auch die Prognose des britischen Ökonomen John Maynard Keynes aus dem Jahr 1930 ist heute erstaunlich aktuell: „Unter der Annahme, dass keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung mehr stattfinden, komme ich zu dem Ergebnis, dass das wirtschaftliche Problem innerhalb von hundert Jahren gelöst sein dürfte, oder mindestens kurz vor der Lösung stehen wird. Dies bedeutet, dass das wirtschaftliche Problem – wenn wir in die Zukunft sehen – nicht das beständige Problem der Menschheit ist.“ Jedenfalls hat die Menschheit in den Industriestaaten ihre Lebensumgebung weitgehend im Griff, der ökonomische Wohlstand dieser Länder ist enorm und die technologische Revolution verspricht, das Knappheitsproblem zu lösen und damit die Ökonomie im engeren Sinn überflüssig zu machen.

Woran aber orientieren, wenn das BIP als Maßstab jedenfalls relativiert werden muss?

Alte Debatte um neue Messkonzepte

„Seit dem 19. Jahrhundert hat sich das materielle Leben stark verbessert. Jetzt stellen wir fest, dass das Glück des Einzelnen in hochentwickelten Volkswirtschaften wie der Schweiz oder Österreich mit mehr Wohlstand nicht weiter zunimmt. Trotzdem merken wir, dass wir mit dem Wachstum weitermachen müssen, damit die Wirtschaft überhaupt funktioniert“ bringt der Schweizer Ökonom Mathias Binswanger die aktuelle Diskussion gut auf den Punkt (vgl. Stefan 2019), da es uns bisher offenbar nicht hinreichend zu definieren gelingt, wie wir das Leben weiter besser machen wollen und können. Auch deshalb bleibt das BIP oft die eine relevante Kennzahl. Weit verbreitet ist dabei die Ansicht: Steigt das BIP, dann steigt auch unser Wohlstand und es geht uns besser. Dazu muss man allerdings wissen, was das BIP eigentlich misst.

Das BIP misst die Produktion einer Volkswirtschaft – jedenfalls die bezahlte. Gemeinhin wird dieses Produktionsmaß – das ebenso dem Einkommen oder der Verwendung einer Volkswirtschaft entspricht – (fälschlicherweise) mit dem Wohlstand einer Nation gleichgesetzt. Die Schwächen dieses Messkonzeptes sind hinlänglich bekannt (vgl. u.a. Stiglitz et al. 2009). So werden beispielsweise keinerlei Aussagen zu Verteilungsfragen und Umweltschutz getätigt, unbezahlte (Pflege-)Arbeit geht nicht in die Berechnungen ein. Fragt man nach ökologischem Wirtschaftswachstum, kann in Bezug auf das BIP folgendes Beispiel gebracht werden: Die Wirtschaftsleistung erhöht sich nicht nur durch den Neubau von Gebäuden, oder die klimafitte Sanierung bestehender Gebäude, womit gleichzeitig nachhaltig gebaut, in die Zukunft der Stadt

investiert und der Herausforderung extremer werdender Temperaturen durch den Klimawandel begegnet wird. Sondern das BIP steigt auch durch Naturkatastrophen, Umweltverschmutzungen oder Unfälle, da deren Beseitigung und Reparaturmaßnahmen entsprechende Ressourcen benötigen, was aber wohl kaum den Wohlstand steigert.

Peter Druckers Ausspruch „was man nicht messen kann, kann man nicht lenken“ bringt das Dilemma auf den Punkt. Lebensqualität ist nicht allein mit herkömmlichen quantitativen Kennzahlen messbar oder in einer Zahl darstellbar – zumal dies auch normativen Wertungen unterliegt. Daher wird gerne die (subjektive) Zufriedenheit abgefragt, die natürlich vielen Einflüssen unterliegt. Die Lebensqualität wird zum Beispiel durch die Zurverfügungstellung öffentlicher Güter erreicht – auch hier gibt es jedoch kaum umfassende internationale Vergleiche.

Ein erster Versuch zur Messung des Wohlstands nahm ihren Ursprung bereits im 17. Jahrhundert durch William Petty (1623–1687) und seiner Berechnung des Volkseinkommens zur Erfassung der wirtschaftlichen Entwicklung und Steuereinkommen in England. Hintergrund der Überlegungen waren Krisen (Unruhen, Kriege) – ein Mehr an Informationen zur Lenkung des Staates wurde dringend benötigt. Petty war sich bewusst, mit den Informationen aus seiner Methode der politischen Arithmetik, Ableitungen für das Regierungshandeln treffen zu können. Daraus erschließt sich die politische Relevanz dieser Maßzahl seit jeher. Das errechnete Volkseinkommen diente als Basis für Steuern und war damit Entscheidungs- und Machtbasis eines Regenten. Petty schloss daraus, dass sich mit höheren Steuereinnahmen, und dem daraus folgenden Anstieg der staatlichen Einnahmen, der Wohlstand erhöhen ließe. Diese wissenschaftlich bedeutsame Vorarbeit Pettys war ein Vorbild für Colin Clark (1905–1989), eines Zeitgenossen John Maynard Keynes' (1883–1946), der die Berechnung des Volkseinkommens auf die heute bekannten drei Arten (Produktion bzw. Entstehung, Einkommen bzw. Verteilung und Ausgaben bzw. Verwendung) revolutionierte. Zeitgleich setzte Simon Kuznets (1901–1985) in den USA den Übergang des Volkseinkommens zum Bruttosozialprodukt durch. Für das wirtschaftliche Wachstum war der wechselnde Fokus vom Einkommensindikator hin zu einem Maßstab der Produktion elementar. Die Wohlmessung wurde in den folgenden Jahrzehnten immer besser, das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung etabliert und das BIP zur vielleicht wirkmächtigsten wirtschaftlichen Kennzahl der Geschichte. Politik und Ideologie zogen ihren Nutzen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Berechnung volkswirtschaftlicher Grundlagen. Unter anderem die Nachvollziehbarkeit der Berechnung, Nützlichkeit für politische Zwecke und nicht zuletzt die Vergleichbarkeit über nationale Grenzen und Zeit hinaus machte das BIP vorteilhaft als internationale Norm. Die Fortschritte in der Berechnung sind vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre und des später beginnenden Zweiten Weltkriegs zu sehen. Der wirtschaftspolitische Wachstumsgedanke entsprach dem Aufbaugedanken der Nachkriegszeit im 20. Jahrhundert. Schließlich war die Darstellung des nationalen Wirtschaftens und Wachstums in Zeiten der Globalisierung umso wichtiger, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. (vgl. Lepenies 2013)

So wie das BIP ein Produkt aus vergangenen Krisenzeiten ist – und sich für den Aufbau der Wirtschaft bewährt hat, so braucht es heute neue Maßstäbe zur Messung jener Krisen der Gegenwart (Klimakrise, technologischer Wandel, soziale Ungleichheit). Die Kritik am BIP ist dabei vermutlich fast so alt wie das BIP selbst. Allerdings ist diese

Kritik in den vergangenen Jahren immer lauter geworden, etwa durch Kate Raworth: „Das BIP ist der Kuckuck im Nest der Ökonomie. [...] Wenn man die eigenen Ziele aus dem Blick verliert, kann sich etwas anderes an ihre Stelle schieben. [...] Im 20. Jahrhundert ist die Wirtschaftswissenschaft davon abgekommen, ihre Ziele klar zu formulieren: Da sie darauf verzichtete, wurde ihr Nest vom BIP-Wachstum in Beschlag genommen. [...] Vertreiben wir daher den Kuckuck und ersetzen wir ihn durch ein klares Ziel für das 21. Jahrhundert, durch ein Ziel, das Wohlstand für alle im Rahmen der Mittel und Möglichkeiten unseres Planeten ermöglicht.“ (Raworth 2018: 45 f.).

Neu ist die „Beyond-GDP-Debatte“ nicht. Bereits 1973 gab es den breit bekannt gewordenen Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstum(s)“ (vgl. Meadows et al. 1973). Und auch die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, die durch den damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy eingesetzt worden war, gab mit ihrem Abschlussbericht 2009 der Debatte um die Wohlstandsmessung Auftrieb (vgl. Stiglitz et al. 2009). Für eine statistische Darstellung der Aspekte von Lebensqualität müssten sowohl subjektive als auch objektive Daten herangezogen werden, so die Kommission.

Natürlich: Eine hohe (und steigende) Produktion ist ein gutes Zeichen. Verteilungs- und Ressourcenfragen werden beim BIP jedoch vollständig ausgeblendet. Es mehren sich daher die Zweifel, ob die bisherigen Kennzahlen die zentralen Elemente eines Guten Lebens wirklich abbilden. Gleichzeitig stellen globale Herausforderungen neue Fragen an die Art unseres Wirtschaftens.

„Wohlstand ist der eigentliche Zweck des Wirtschaftens“ schreiben die AutorInnen des zweiten Wohlstandsberichts der Arbeiterkammer Wien, der auf der Dateninitiative „Wie geht’s Österreich“ der Statistik Austria aufbaut. Unter Berücksichtigung der Sustainable Development Goals (SDGs) der UN Agenda 2030 und mithilfe einer Vielzahl an Indikatoren, wird Österreichs wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik gemessen, der gesellschaftliche Fortschritt zukunftsorientiert analysiert sowie politische Empfehlungen und Maßnahmen für eine Steigerung des Wohlstands abgeleitet. Fünf übergeordnete Ziele („fair verteilter materieller Wohlstand“, „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“, „hohe Lebensqualität“, „intakte Umwelt“ sowie „ökonomische Stabilität“) fassen 30 subjektive und objektive Indikatoren in einem „magischen Vieleck“ zusammen. (vgl. Kranawetter et al. 2019)

Auf internationaler Basis gibt es zahlreiche weitere Initiativen zu einer ausgewogeneren Messung von Wohlbefinden. Dabei geht der Trend zu Mischindikatoren, dem Zusammenfassen mehrere Kennzahlen zu einem Indikator, oder Indikatorensets, der Darstellung mehrere Kennzahlen nebeneinander. Auch diese Vorgehensweisen haben erhebliche Probleme, insbesondere unterliegt die Gewichtung der einzelnen Faktoren immer auch einer Wertung, was eine politische Haltung implizieren kann. Dennoch haben sich einige dieser Indikatoren mehr oder weniger breit etabliert, wie beispielsweise der „Human Development Index“ und „World Happiness Report“ der United Nations, der „Better Life Index“ und die „Green Growth“-Strategie der OECD oder die „Beyond GDP-Initiative“ der Europäischen Kommission. In diesem Zusammenhang sei auch das EU Konzept „Economy of Wellbeing“ genannt, bei dem es darum geht das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt der Politikgestaltung zu stellen.

Lebensqualität entscheidet sich (auch) regional

Das Organisieren von Lebensqualität ist also eine zentrale Aufgabe der Städte. Dabei ist die Maximierung des jeweiligen Bruttoregionalproduktes aber, wie gesehen, keine hinreichende Kennzahl. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Lebensqualität in Rankings von Mercer und der Economist Intelligence Unit so stark medial rezipiert werden, wie wohl auch hier nur Teile von Lebensqualitäten abgebildet werden. Letztlich fehlt daher in der Debatte oft die Bedeutung öffentlicher Leistungen für ein Gutes Leben.

Es stellt sich daher vor allem die Frage der Messbarkeit öffentlicher Daseinsvorsorge, um sie für die Wohlmessung einer emanzipatorischen Stadtpolitik nutzbar zu machen.

Es geht um die Messbarkeit von:

- **Qualität und Quantität öffentlicher Infrastrukturen**
Wie vergleicht man beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr, die Wohnsituation, die Qualität der Spielplätze anhand harter Kennzahlen? Die einzige (und zudem auf Grund von Abgrenzungsproblemen umstrittene) Kennzahl sind hier die Bruttoinvestitionen des Staates. Diese sagt aber nichts über die Sinnhaftigkeit der Investitionen aus.
- **Zugänglichkeit zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen**
Etwa die Frage, ob Seen und Flüsse öffentlich zugänglich und benutzbar sind. Dieses öffentliche Vermögen wird nie berücksichtigt – auch nicht in der Darstellung der öffentlichen Haushalte. Privatisierungen helfen, evtl. den öffentlichen Haushalt (kurzfristig) zu sanieren, sie reduzieren aber die Zugänglichkeit und damit die Lebensqualität der Gemeinschaft. Gleiches gilt für Kulturereignisse, Plätze und dergleichen mehr. Weiterhin ist beispielsweise der Vergleich der Kinderbetreuung international kaum möglich (Öffnungszeiten, Betreuungsqualität, Schließtage, Verfügbarkeit etc.), ganz zu schweigen von Stadt- und Straßenreinigung, Leistungen der Ämter und Behörden etc. Sicherheit lässt sich evtl. noch mit Kriminalitätsstatistiken abbilden, aber auch hier fehlt oft das immens wichtige subjektive Sicherheitsempfinden oft.
- **Maßnahmen zur Klimawandelanpassung** (beginnend bei der Frage der Mobilität, der Energieerzeugung, der Bauregeln über Gebäudesanierungen und -neubauten, Beschattung, den Zugang zu Trinkwasser etc.)
- **Schließlich: Inklusion und Gerechtigkeit.** Das eigene Wohlbefinden hängt auch davon ab, wie es anderen geht.

All das sind Anregungen für neue Maßzahlen, die vielleicht in Zeiten von Big Data besser erfasst werden können. Auch die Frage, wie hoch die individuellen Kosten für die Inanspruchnahme von Leistungen sind, kann herangezogen werden. Für Österreich wissen wir: In Wien muss relativ weniger für Wohnen und Verkehr ausgegeben werden, es bleibt also mehr zur individuellen Verfügbarkeit. Auf regionaler Ebene ist jedoch ein entsprechender internationaler Vergleich mangels Daten(-erfassung) erschwert.

Fazit

Die Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge ist die Bereitstellung materieller und sozialer Infrastrukturen, um die Lebensqualität und den Wohlstand der Menschen zu maximieren. Wien punktet durch eine herausragende öffentliche Daseinsvorsorge. Die derzeitige Statistik ist jedoch kaum in der Lage aufzuzeigen, ob sich die Lebensqualität verbessert oder nicht. Hier müssen breitere Konzepte her, weil der Einfluss dieser Daten enorm ist.

Uns stehen heute deutlich mehr Informationen zur Verfügung, die in entsprechende Indikatoren und Messkonzepte integriert werden können – hier muss weitergearbeitet werden. Das Hauptproblem ist oft jedoch ein eher ideologisches: Eine niedrige Staatsquote gilt als per se erstrebenswert, die Frage von Schulden und Investitionen wird wenig rational geführt und die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge wird diskreditiert. Dabei muss und kann es – insbesondere auf städtischer Ebene – nur darum gehen, Lebensqualität und Teilhabemöglichkeiten zu maximieren und dabei die Restriktionen (etwa ökologischer Natur) zu berücksichtigen. Dieser Fragestellung sollte sich die Ökonomie mehr widmen. Die großen Umwälzungen unserer Zeit bieten daher auch die Chance, die Ziele unseres Wirtschaftens zu überdenken.

Durch zeitgemäße Indikatorensets und Erhebung aktueller Daten kann die statistische und ökonomische Analyse gemäß den Kennzahlen Zufriedenheit, Wohlergehen und Lebensqualität der Bevölkerung zur Wohlstandsmessung im Rahmen emanzipatorischer Stadtpolitik beitragen. Die Berücksichtigung gegenwärtiger Herausforderungen und Antizipation zukünftiger Entwicklungen muss sowohl in der inhaltlichen als auch operationalen Konzeption der Datenerhebung, als auch ihrer Darstellung, Berücksichtigung finden. Ideologie sollte hierbei keine Rolle spielen. Vordergründig muss der eigentliche Zweck des Wirtschaftens sein: das Wohl der Menschen.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte/Marterbauer, Markus/Novy, Andreas, Thurnher, Armin (Hg.) (2019): Karl Polanyi – Wiederentdeckung eines Jahrhundertdenkers. Wien: Falter Verlag.
- Bardt, Hubertus/Dullien, Sebastian/Hüther, Michael/Rietzler, Katja (2019): „Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!“ Ein Report des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, IMK Report 152. Düsseldorf. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/206755/1/1682228312.pdf>
- Bauer, Ramon/Trautinger, Franz (Hg.) (2019): Das Rote Wien in Zahlen, 1919–1934. Stadt Wien.
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium – Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis.
- Becker, Joachim/Novy, Andreas (1999): Chancen und Grenzen einer alternativen Kommunalpolitik in Wien. Ein historischer Überblick. In: Kurswechsel 2/1999, 5–16. <https://core.ac.uk/download/pdf/11006884.pdf>
- Cervený, Michael/Veigl, Andreas (2018): Klimaschutz und Energiewende – Ein Bundesländervergleich. Urban Innovation Vienna, Stadt Wien.
- Detting, Daniel (2019): Die Intelligenz der großen Städte – Wie progressive Bürgermeister eine neue globale Zukunftspolitik erschaffen. In: Der Standard, Kommentar der anderen, 9.12.2019. <https://www.derstandard.at/story/2000112020325/die-intelligenz-der-grossen-staedte>

- Eichmann, Hubert/Nocker, Matthias (2015): Die Zukunft der Beschäftigung in Wien – Trendanalysen auf Branchenebene. Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), Studie im Auftrag der Stadt Wien Magistratsabteilung 23, Wien.
- Feigl, Georg/Hergovich, Sven/Rehm, Miriam (2012): Beyond GDP: can we re-focus the debate?, ETUI, Social developments in the European Union.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens – Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Edition Suhrkamp.
- Frey, Carl/Osborne, Michael (2013): The future of employment: how susceptible are jobs to computerization? Oxford.
- Himpele, Klemens (2018): Zur Debatte um die Ausweitung der Arbeitszeit. Wien: wienixt-Blog der Stadt Wien, 5.7.2018. <https://wienixt.at/site/zur-debatte-um-die-ausweitung-der-arbeitszeit/> (16.12.2019).
- Keynes, John Maynard (1930): Über die wirtschaftlichen Möglichkeiten für unsere Enkelkinder. In: Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief. 2. vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Marburg: Metropolis.
- Kranawetter, Pia/Wukovitsch, Florian/Buxbaum Adi (2019): AK Wohlstandsbericht 2019. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2015–2020. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 194 Working Paper-Reihe der AK Wien. Wien: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Lepenes, Philipp (2013): Die Macht der einen Zahl – Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. Berlin: Edition Suhrkamp.
- Mader, Isabella (2015): A Moment Of Truth. In: GPDF-Blog. <https://www.druckerforum.org/blog/?p=1097> (16.12.2019)
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Zahn, Erich/Milling, Peter (1973): Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Hamburg: Rowohlt.
- Novy, Andreas (2016): Sozialökologische Infrastruktur statt Grundeinkommen. In: A&W Blog, 18.10.2016. <https://awblog.at/sozialoekologische-infrastruktur-statt-grundeinkommen/> (16.12.2019).
- Parkinson, Ruth (2008): Global Productivity Report. Atlanta: Proudfoot Consulting.
- Pohl Alina (2019): Die süße Verführung einer neuen Ökonomie. Rezension über „Die Donut Ökonomie“ von Kate Raworth. <https://www.momentum-institut.at/news/die-suesse-vertuehrung-einer-neuen-oekonomie> (16.12.2019).
- Polanyi, Karl (2017): The Great Transformation – Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 13. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Ptak, Ralf (2018): Von der Kritik am Ökonomismus zur permanenten Ökonomisierung. In: Hartong, Sabine/Hermstein, Björn/Höhne, Thomas (Hg.): Ökonomisierung von Schule? Bildungsreformen in nationaler und internationaler Perspektive. Weinheim und Basel: Beltz, 39–61.
- Raworth, Kate (2018): Die Donut-Ökonomie – Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München: Carl Hanser Verlag.
- Recht, Alexander/Himpele, Klemens (2016): Geht der Menschheit die Arbeit aus? In: Forum Wissenschaft 4/2016. Marburg.
- Rinderspacher, Jürgen (2000): Zeitwohlstand in der Moderne. WZB Discussion Paper, No. P 00-502. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (WZB).
- Rockström, Johan/Steffen Will et al. (2009): Planetary boundaries: exploring the safe operating space for humanity. Ecology and Society 14(2): 32. <http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>
- Stadt Wien (2019a): Smart City Wien Rahmenstrategie 2019–2050. Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Wien: Magistrat der Stadt Wien. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008551.pdf>
- Stadt Wien (2019b): Strategie WIEN 2030 – Wirtschaft & Innovation. Wien: Magistrat der Stadt Wien – Wirtschaft, Arbeit und Statistik.
- Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung (2019): Alltagsökonomie in Wien – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt. Werkstattbericht 183. Wien.
- Stefan, Leopold (2019): Ökonom: Die Kritiker irren – wir müssen immer weiterwachsen. In: Der Standard, Interview mit Mathias Binswanger vom 24.7.2019. <https://www.derstandard.at/story/2000106563574/oekonom-die-kritiker-irren-wir-muessen-immer-weiterwachsen> (16.12.2019).
- Stiglitz, Joseph (2019): It's time to retire metrics like GDP. They don't measure everything that matters. The Guardian, 24.11.2019. https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/nov/24/metrics-gdp-economic-performance-social-progress?CMP=Share_iOSApp_Other (16.12.2019).

- Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/118025/118123/Fitoussi+Commission+report>.
- Strassnig, Michael/Mayer, Katja/Stampfer, Michael/Zingerle, Simon (2019): Akteure, Instrumente und Themen für eine Digital Humanism Initiative in Wien. Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, Studie im Auftrag der Stadt Wien Magistratsabteilung 23, Wien.
- Südekum, Jens (2019): Kommunalfinanzen. Wo und wie Deutschland seine Infrastruktur ruiniert hat. In: Makronom, 12.8.2019. <https://makronom.de/kommunalfinanzen-schuldenbremse-wo-und-wie-deutschland-seine-infrastruktur-ruiniert-hat-32460> (16.12.2019)
- UNFPA – Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (2018): Weltbevölkerungsbericht 2019. New York. https://www.dsw.org/wp-content/uploads/2019/04/WBB2019_50-dpi-1.pdf.
- Weigl, Andreas (2000): Demographischer Wandel und Modernisierung in Wien. In: Wiener Stadt- und Landesarchiv (Hg.): Kommentare zum Historischen Atlas von Wien. Wien: Jugend und Volk.



Mach dich stark!
Und profitiere von mehr Sicherheit im Job.
www.gpa-djp.at/mitgliedwerden

Rechtsschutz,
Berufshaftpflicht-
versicherung und
viele mehr gibt's
nur als Mitglied.

MIT SICHERHEIT STARK.
GPA djp
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER